

Bundesamt für Sport
zh. Stefanie Mägert
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen

per E-Mail:
stefanie.maegert@baspo.admin.ch

Bern, 26. Oktober 2012

Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022: Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung zur Stellungnahme.

Der SGB steht Ihrer Absicht, eine Winterolympia-Kandidatur Graubünden 2022 zu unterstützen, kritisch bis ablehnend gegenüber. Wir halten die hohen Erwartungen, die Sie in den Erläuterungen an eine Durchführung olympischer Winterspiele in St. Moritz/Davos knüpfen, für nicht gerechtfertigt. Insbesondere bezweifeln wir eine nachhaltige Beschäftigungswirksamkeit. Der vom Bund in Aussicht gestellte Beitrag von 1 Milliarde Franken für den Fall, dass Graubünden den Zuschlag erhalten sollte, kann unserer Meinung nach wirtschaftlich viel sinnvoller verwendet werden.

Selbstverständlich ist es ein vorrangiges Ziel des SGB, dass in der Schweiz möglichst Vollbeschäftigung herrscht. Selbstverständlich schafft das Austragen olympischer Winterspiele neue Arbeitsplätze. Die Ziel-Mittel-Relation erweist sich jedoch im Fall von Olympia gelinde gesagt als suboptimal.

Die Investitionen – nicht nur die zugesicherte Milliarde des Bundes, sondern die insgesamt 4,5 Mia. Franken bei heutigem Planungsstand – dürften sich in mehrfacher Hinsicht als ökonomisch beschränkt wirksam erweisen: Sie sind zum einen geografisch (Graubünden und umliegende Kantone) und zum anderen sektoriell (Bauwirtschaft, Gastgewerbe, Tourismus, Sicherheitsdienstleistungen, Verkehrsbetriebe) begrenzt. Am stärksten jedoch fällt ins Gewicht, dass sie wirtschaftlich und vor allem beschäftigungsmässig nur geringfügig nachhaltig wirken werden. Sicher wird über eine beschränkte Zeit, die je nach Bereich unterschiedlich lang ausfallen wird, ein sprunghafter Anstieg von Erwerbsarbeit zu verzeichnen sein. Nach den Spielen aber wird es darum gehen, die zuvor aufgebauten Ad-hoc-Arbeitskapazitäten wieder abzubauen: Beschäftigungsmässig wird also auf ein Strohfeder der Katzenjammer folgen. Unserer Meinung nach könnte die öffentliche Hand mit Investitionen in der gleichen Grössenordnung wie für Olympia geplant anderweitig einen viel nachhaltigeren Erfolg erzielen, geografisch umfassender und mehr Branchen abdeckend. Gleichzeitig werden die investierten Summen dann fehlen, wenn beschäftigungsmässig wirklich nachhaltigere Projekte zur Diskussion stehen.

Beispielhaft zeigt sich die Problematik an der Hotellerie. Das IOC verlangt die Garantie von 23 000 Hotelzimmern in den Kategorien zwei bis fünf Sterne. In Ihren Erläuterungen stellen Sie in Aussicht, dass die einzelnen Hotels dieser Kategorien für die fraglichen Hochsaisonwochen „eine Interessenabwägung zwischen olympischen Winterspielen und Stammgästen“ (S. 25) vorzunehmen hätten. Zumindest diese Hotels benötigen die Winterspiele also nicht. Sie verweisen weiter darauf, dass im fraglichen Perimeter mehrere tausend Betten in Hotelbetrieben zur Verfügung stünden, die allerdings nicht qualifiziert seien. Olympia könnte für die Besitzer dieser Hotels „zum Ansporn werden, die notwendigen Investitionen vorzunehmen, um die Klassifizierungsvoraussetzungen zu erfüllen“ (ebenda). Falls der Ansporn wirken sollte: die Wahrscheinlichkeit, dass die so angepassten Zimmer nach Abklang der Spiele zu wenig Kunden anziehen, ist sehr gross. Denn aus der Erfahrung anderer Spiele ist ableitbar, dass ein zeitweise erreichter Prestigezuwachs nicht so anhaltend wirkt, dass extra für die Spiele errichtete Hotelkapazitäten dauerhaft benötigt würden.

Nachhaltigkeit bezweifeln wir jedoch nicht nur hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Spiele der letzten Jahre hatten für die Austragungsorte derart massive Kosten zur Folge, dass deren finanzielle Handlungsfreiheit anschliessend arg beschnitten war. Und nach den Spielen zeigten sich ökologische Narben und Ruinen. Auch wenn wir den Bündner Promotoren die Liebe zur Natur durchaus glauben mögen: Die olympischen Winterspiele haben mittlerweile eine Dimension angenommen, die automatisch zu Gigantismus führt. Für Sotschi 2014 sind 92 Disziplinen angemeldet. In Graubünden 2022 werden gemäss bisheriger Planung 6000 Athlet/innen und Funktionär/innen, 4500 Sicherheitsleute, 2 x 5000 Armeeeingehörige und 23 000 freiwillige Helfer/innen erwartet. Dazu kommen die Berichterstatter und die Zuschauer. An den gleich anschliessenden paralympischen Spielen sollen ebenfalls 2600 Athlet/innen und Funktionär/innen teilnehmen.

„Weiss, klein und nachhaltig“ sollen die Spiele gemäss Motto der Bündner Kandidatur sein. „Klein“ werden sie angesichts dieser Dimensionen mit Sicherheit nicht sein können.

Unsere Skepsis teilen auch die dem SGB angehörenden Bündner Gewerkschaften. Sie finden zwar die Austragung der Skiweltmeisterschaften in St. Moritz in Ordnung, halten aber die Olympischen Spiele als eine Nummer zu gross für die Region. Sie verweisen auf die angespannten Finanzen des Kantons und die offensichtliche Gefahr, dass die normalen Steuerzahler immense Kosten zu übernehmen hätten. Zudem weisen sie darauf hin, dass die Bündner Bauwirtschaft, welche mit mehr Aufträgen rechnen könnte, eh schon gut ausgelastet sei und den Grossanlass kaum brauche. Auch die Bündner Gewerkschaften nehmen an, dass durch das Megaprojekt keine längerfristig sicheren Arbeitsplätze entstehen werden.

Weil der SGB in einer Güterabwägung für und wider einer Bündner Kandidatur für die Olympischen Spiele klar die Nachteile überwiegen sieht, lehnt er eine solche Kandidatur ab. Konsequenterweise sprechen wir uns auch gegen den Bundeskredit für die Unterstützung der Kandidatur sowie den Verpflichtungskredit von 1 Milliarde Franken im Falle eines Zuschlags aus.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Position.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Handwritten signature of Paul Rechteiner in black ink.

Paul Rechteiner
Präsident

Handwritten signature of Ewald Ackermann in black ink.

Ewald Ackermann
Redaktor